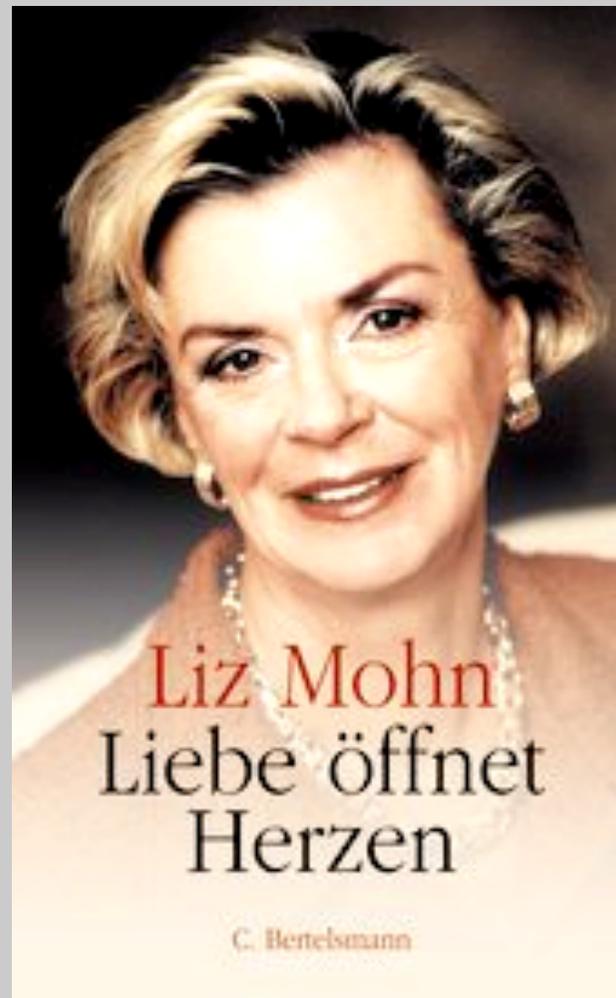


Bertelsmann – Denkfabrik aus Gütersloh

Vortrag

Berlin, 19.6.2016

Dr. Matthias Burchardt, Universität zu Köln



Liz Mohn
Liebe öffnet
Herzen

C. Bertelsmann

»An der Schwelle einer ›Zeitenwende‹, die von Internationalisierung und Globalisierung geprägt ist, fragt Sie: Kann die Menschheit ohne Liebe überleben? Mit großer Sorge beobachtet sie zunehmende Orientierungs- und Lieblosigkeit, Egoismus, Rücksichtslosigkeit und Vereinsamung in unserer Gesellschaft. Warmherzig setzt sie ihr Plädoyer für die Liebe dagegen: Liebe macht sehend und einsehend, sie respektiert die Grenzen des anderen, sie gibt großzügig Trost und Hilfe, ohne an den eigenen Nutzen zu denken.«

Quelle: http://www.randomhouse.de/content/edition/excerpts/021_00367_964.pdf, letzter Aufruf, 05.06.2012)

Kein Kind zurücklassen!



Dr. Brigitte Mohn u. Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin NRW, 9.11.2011

Quelle: Bertelsmannstiftung



No Child Left Behind



Quelle: nw-news

Botschaft Unter den Linden 1



Quelle: Wikipedia

Geschichte der Bertelsmann-AG

- 1835 Gründung durch Carl Bertelsmann (Verlag mit angeschlossener Druckerei) Vertrieb christlicher Texte später Belletristik
- 1939 Entscheidung vor der Reichsschrifttumkammer gegen christliche Verlagsausrichtung. Fortan wichtigster Lieferant von ›Feldausgaben‹: Volk im Schmiedefeuer, Wir funken für Franco, Mit Bomben und MGs über Polen
- 1946(!) Verlagslizenz in der Britischen Besatzungszone
- 1947 Reinhard Mohn übernimmt das Unternehmen
- 2016 Global agierendes Medienunternehmen

Bertelsmann AG und Stiftung

- Bertelsmann AG – mehr als ein Buchclub:
 - RTL-Group (auch Ufa), Penguin Random House (Heyne, Kösel, Manesse, Goldmann, DVA), Gruner+Jahr, Arvato, BMG, usf.
 - 117.249 Beschäftigte
 - Umsatz 2015: 17,141 Mrd.
- Bertelsmann AG gehört zu 76,9% der Bertelsmann Stiftung und zu 23,1 % Familie Mohn
- gemeinnützig (d.h. steuerbegünstigt)
- operative Stiftung

Selbstverständnis der Stiftung

Reformen

Reformfähigkeit ist Zukunftsfähigkeit



Die Bertelsmann Stiftung versteht sich als Förderin des gesellschaftlichen Wandels und unterstützt das Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Gemeinsam mit Partnern aus allen gesellschaftlichen Bereichen will die Stiftung frühzeitig Herausforderungen und Probleme unseres Gemeinwohls identifizieren sowie exemplarische Lösungsmodelle entwickeln und verwirklichen.

Sie versteht sich damit als "Motor", der notwendige Reformen initiiert und voranbringt. Als wissensbasierte Organisation will sie einen lebendigen Dialog zu den politischen Reformthemen unserer Zeit auslösen und die politischen Entscheidungsträger beraten.

In ihrer Projektarbeit folgt die Bertelsmann Stiftung der Überzeugung des Stifters Reinhard Mohn, dass die Prinzipien unternehmerischen Handelns zum Aufbau einer zukunftsfähigen Gesellschaft beitragen können.

ZITAT



"Durch Deutschland muss ein Ruck gehen! Die Reformprojekte der Bertelsmann Stiftung bieten konkrete Lösungen an, die unser Land weiterbringen."

Roman Herzog,
Bundespräsident a. D. (Foto mit Reinhard Mohn)

Quelle: Bertelsmannstiftung

Überparteilich = unparteiisch?

Adressaten: Medienöffentlichkeit, Partner aus
allen gesellschaftlichen Bereichen

Politiker aus (fast) *allen* Parteien

Handlungsraum: *alle* gesellschaftlichen Felder

Was steckt hinter den Sprechblasen?

*Notwendige Reformen / wissenschaftsbasierte
Organisation / öffentliche Kommunikation /
unternehmerisches Handeln / zukunftsfähige
Gesellschaft*

Einfluss durch ...

1. Personale Präsenz
2. Postdemokratische Reformstrategien
3. Wirkung durch Studien
4. Brainwashing durch Unterhaltungsshow
5. Inspiration von Gesetzgebung
6. Steuerung durch Verfahrenskontrolle

1. Personale Präsenz

Pressemeldung

Gütersloh, 27.04.2012

Aart De Geus wird neuer Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann Stiftung



Foto: Arne Weyhardt,
Hamburg

Das Kuratorium der Bertelsmann Stiftung hat auf seiner heutigen Sitzung den Niederländer Aart Jan De Geus (56) als Nachfolger von Prof. Dr. Gunter Thielen zum neuen Vorstandsvorsitzenden berufen. De Geus, der das Amt zum 5. August 2012 übernehmen wird, ist seit dem 1. September 2011 Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung und verantwortet die Programme im Bereich Europa, Arbeitsmarkt und Globalisierung. Zuvor war er von 2007 bis 2011 stellvertretender Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Von 2002 bis 2007 war De Geus niederländischer Minister für Arbeit und Soziales unter Ministerpräsident Jan Peter Balkenende.

einblick



DGB

— ● GEWERKSCHAFTLICHER INFO-SERVICE **NR. 15** VOM 1.9.2014 —

— ● PERSONALIEN —

Thomas Fischer, 49, ist seit 1. August Leiter der Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Fischer leitete zuvor das Brüsseler Büro der Bertelsmann-Stiftung.

Gabriele Bischoff, 52, ist seit 1. August Beauftragte für den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und die EU-Reform in der Grundsatzabteilung beim DGB-Bundesvorstand. Zuvor leitete sie

Artikel teilen



F Empfehlen



Twittern



+1



13. November 2014 von Max Bank | [5 Kommentare](#)

Fragwürdiger Seitenwechsel: EU-Kommissarin wechselt zur Bertelsmann Stiftung

Viviane Reding war früher u.a. für Medien und Informationsgesellschaft zuständig



Lobbyismus in der EU

Die Ex-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft Viviane Reding wechselt in die Wirtschaft: In die Leitung des mexikanischen Minen- und Metallkonzerns Nyrstar und in das Kuratorium der Bertelsmann Stiftung. Das Kuratorium der Bertelsmann Stiftung ist personell eng verzahnt mit dem globalen Medien- und Dienstleistungsunternehmen Bertelsmann. Besonders fragwürdig: Reding bleibt trotz ihrer Wechsel weiterhin Mitglied im Europäischen Parlament und dort im handelspolitischen Ausschuss.



Viviane Reding bei einer Podiumsdiskussion auf dem Weltwirtschaftsforum

Reding bringt immens viel politisches Insiderwissen mit

Quelle: lobby-control

Neue Macht Neue Verantwortung

Elemente einer deutschen
Außen- und Sicherheitspolitik
für eine Welt im Umbruch

Ein Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
und des German Marshall Fund of the United States (GMF)

Thomas Kleine-Brockhoff, The German Marshall Fund of the United States (bis 15.08.2013)

Stefan Liebich, MdB, Deutscher Bundestag

Dr. Barbara Lippert, Stiftung Wissenschaft und Politik

Heike MacKerron, The German Marshall Fund of the United States

Dr. Stefan Mair, Bundesverband der Deutschen Industrie

Prof. Dr. Hanns Maull, Universität Trier

Rainer Meyer zum Felde, Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Dr. Stormy-Annika Mildner, Stiftung Wissenschaft und Politik

Prof. Dr. Jürgen Neyer, Europa-Universität Viadrina

Dietmar Nietan, MdB, Deutscher Bundestag

Prof. Dr. Georg Nolte, Humboldt-Universität zu Berlin

Omid Nouripour, MdB, Deutscher Bundestag

Prof. Dr. Volker Perthes, Stiftung Wissenschaft und Politik

Dr. Tobias Raffel, Roland Berger School of Strategy and Economics

Dr. Karsten Sach, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Jürgen Schnappertz, Auswärtiges Amt

Dr. Daniela Schwarzer, Stiftung Wissenschaft und Politik

Svenja Sinjen, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Joachim Spatz, MdB, Deutscher Bundestag

Gerd Tebbe, Deutscher Bundestag

Dr. Hinrich Thölken, Auswärtiges Amt

Stefani Weiss, Bertelsmann Stiftung

Dr. Jasper Wieck, Auswärtiges Amt

Profile: Stefani Weiss

Project Manager



Focus Areas

European Foreign and Security Policy

Energy and Climate Policy in the EU

Disarmament, Conflict Prevention and Crisis Management

International Relations and Globalization

Media Experience

Regular appearances on radio (Deutschlandfunk, BBC, NBC, Deutsche Welle)

Articles, interviews and editorials for German and international publications (Le Monde, Die Zeit, spiegel online) and academic journals

Background

Born in 1960; political scientist and expert on European Law; executive assistant, Atlantik-Brücke; director of the European Law and Politics programs at the Gustav Stresemann Institute in Bonn; 1999, project manager at the Bertelsmann Stiftung; as of 2007, member of the foundation's Brussels staff within the Europe's Future and International Governance programs.

CONTACT PERSON

Stefani Weiss

Phone:
+32-2-233-3891

2. Postdemokratische Reformstrategien

Übersicht

Projekte von A-Z

Forschungsgruppe
EuropaForschungsgruppe
Jugend und Europa**Forschungsgruppe
Deutschland**

News-Archiv

Regieren in
Deutschland

Parteien und Wahlen

Grenzregionale
Identitäten

Europäische Identität

Politische Partizipation

Politik und
MassenmedienGeschichtsbewusst-
seinInnere Einheit und
deutsche Frage

Offene Gesellschaft

Auswärtige Politik

Bürokratische
Regime

Der deutsche Weg

Geschichte der
deutschen EinheitHandbuch zur
deutschen EinheitDeutschland-
TrendBuch

Deutsche Kontraste

Foren und
VeranstaltungenForschungsgruppe
ZukunftsfragenAkademie Führung
& Kompetenz

Aktuell Themen Projekte Publikationen Über das C·A·P

Regieren in der Bundesrepublik Deutschland

Wie kommen politische Entscheidungen zustande?

09.01.2008 · Forschungsgruppe Deutschland

< Voriges C·A·P-Projekt

Nächstes C·A·P-Projekt >

Modernes Regieren

Wie wird heute regiert? Wie kommen politische Entscheidungen zustande? In welchen Handlungskorridoren bewegen sich Entscheidungsträger im deutschen Regierungssystem? Welche formalen und informalen Machtressourcen stehen zur Verfügung? Was verändert sich mit der europäischen Integration und wie wirkt sich die Globalisierung auf die staatliche Handlungsfähigkeit aus? Diesen Fragen geht die Forschungsgruppe Deutschland seit einigen Jahren verstärkt nach. Im Mittelpunkt steht dabei der Wandel der Regierungsstile, -instrumente und -techniken, die „modernes Regieren“ kennzeichnen. Ein Auseinanderfallen von Darstellungs- und Entscheidungspolitik ist in der "Mediendemokratie" zu beobachten. Informellen Politikarenen und kommunikativen Aspekten des Regierens kommt deshalb steigende Bedeutung zu. Analysen und Veranstaltungen werden hierzu durchgeführt.

Reformprojekt Deutschland

Die anhaltende Reformdiskussion in Deutschland verweist auf Defizite des Regierungshandelns. Effizientes Regieren wird in der Verhandlungs-, Koalitions- und Parteiendemokratie zunehmend schwieriger. Formale und informale Machtressourcen, aber auch Vetospieler und Blockadepotentiale stehen hier deshalb im Mittelpunkt des Interesses. Im Projekt werden die Ursachen der Krise, aber auch Handlungsalternativen und Strategien zur Aufrechterhaltung der politischen Steuerungsfähigkeit unter den Bedingungen modernen Regierens analysiert.

Neben Expertisen zu einzelnen Politikfeldern (z.B. [Experimentierfeld Deutschland? Reformstrategien in der Sozialpolitik auf dem Prüfstand](#)) werden Analysen zur Optimierung von Reformstrategien in Deutschland erstellt. Dazu hat ein international besetztes Forscherteam in Kooperation mit der

Suchen

Kontakt



Dr. Manuela Glaab

... C·A·P-Highlights ...

Analyse

Jahrbuch der Europäischen Integration 2009

Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.): [Jahrbuch der Europäischen Integration 2009](#), Nomos Verlag, Baden-Baden 2009

Bestseller



Europa von A bis Z Taschenbuch der europäischen Integration

Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.): [Europa von A bis Z - Taschenbuch der europäischen Integration](#), Nomos Verlag 2009.

Reformvertrag



Werner Weidenfeld (Hrsg.): [Lissabon in der Analyse, - Der Reformvertrag der Europäischen Union](#), Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, Band 20, Nomos, Baden-Baden 2008.

Systemforschung

Demokratie in Deutschland?

Reformprojekt Deutschland

Die anhaltende Reformdiskussion in Deutschland verweist auf Defizite des Regierungshandelns. **Effizientes Regieren wird in der Verhandlungs-, Koalitions- und Parteiendemokratie zunehmend schwieriger.** Formale und informale Machtressourcen, aber auch Vetospieler und Blockadepotentiale stehen hier deshalb im Mittelpunkt des Interesses. Im Projekt werden die Ursachen der Krise, aber auch Handlungsalternativen und Strategien zur Aufrechterhaltung der politischen Steuerungsfähigkeit unter den Bedingungen modernen Regierens analysiert.

Friedbert W. Rüb, Karen Alnor und Florian Spohr

Die Kunst des Reformierens

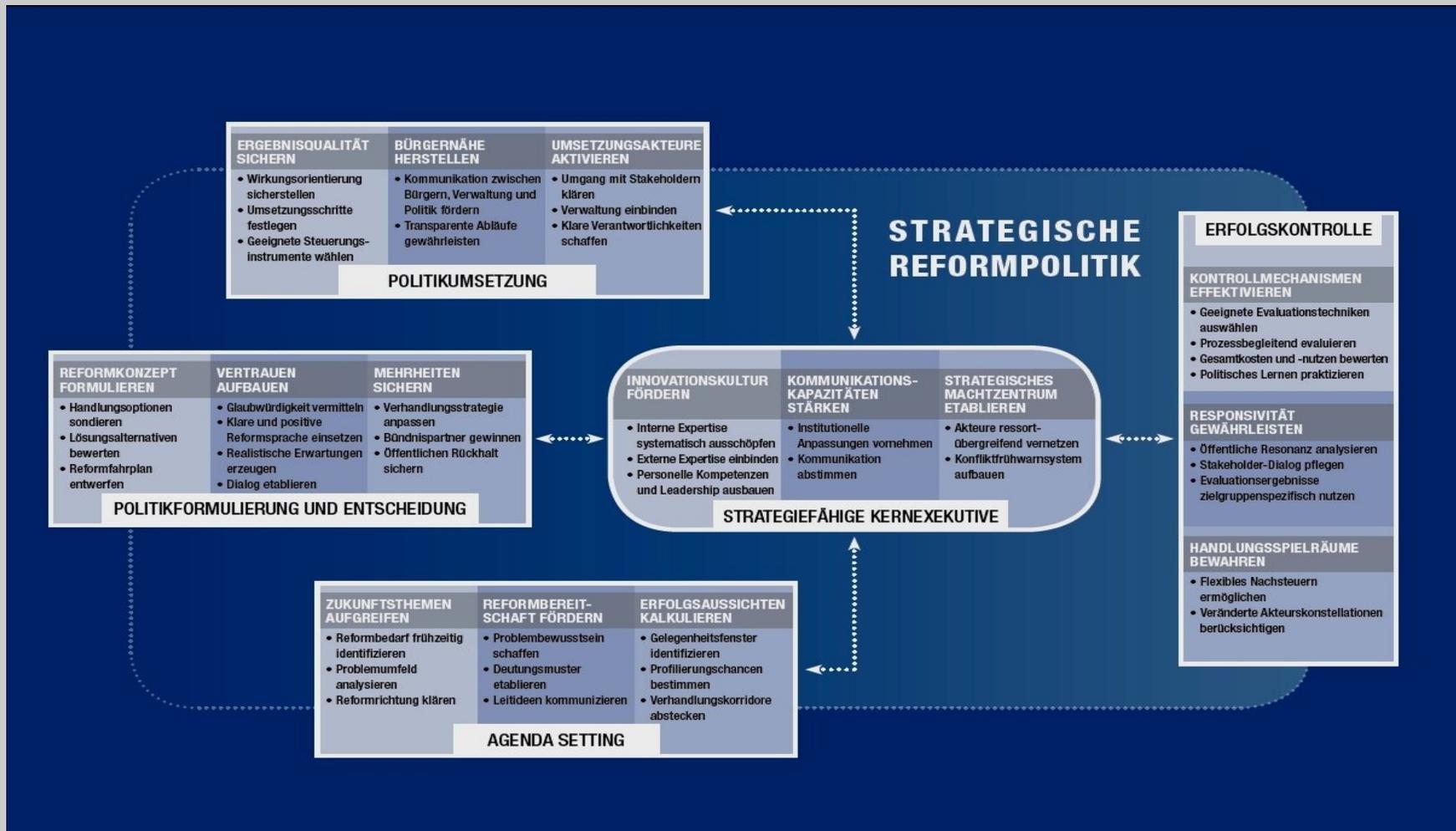
Konzeptionelle Überlegungen
zu einer erfolgreichen Regierungsstrategie

Zukunft Regieren

Beiträge für eine gestaltungsfähige Politik · 3/2009



Post-Demokratie als Strategie



Quelle: Bertelsmann Stiftung

›Mehr Strategie wagen!‹

Agenda-Setting

Entscheidungsphase

Implementierung

Reformkommunikation

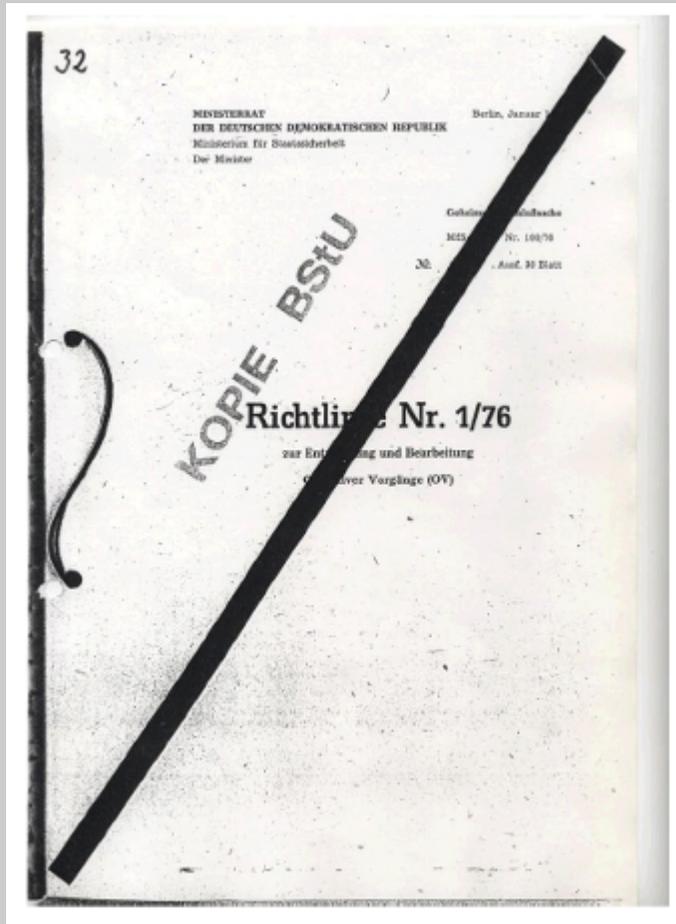
Strategische Zentren schaffen

Bertelsmanns Reform-Strategie

Agenda-Setting: „Reduktion der Beteiligung von Interessengruppen“ S.7

Entscheidungsphase: „Policy-Designs, die gezielt die Schwächung der internen Kohärenz von potenziellen Vetospielern bzw. von starken Interessengruppen anpeilen, begünstigen Reformen.“ S. 65.

Zersetzungsstrategie



„Maßnahmen der Zersetzung sind auf das Hervorrufen sowie die Ausnutzung und Verstärkung solcher Widersprüche bzw. Differenzen zwischen feindlich-negativen Kräften zu richten, durch die sie zersplittert, gelähmt, desorganisiert und isoliert und ihre feindlich-negativen Handlungen einschließlich deren Auswirkungen vorbeugend verhindert, wesentlich eingeschränkt oder gänzlich unterbunden werden.“

Geheime Verschlusssache, GVS MfS 008-100/76: Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge Abschn. 2.6.: Die Anwendung von Maßnahmen der Zersetzung

Forts. Reform-Strategie

Implementierung: Akzeptanz schaffen für die Umsetzung durch scheinbaren Einbezug der Betroffenen, aber nicht auf der Ebene der Entscheidung oder Gestaltung, sondern allein auf der Ebene der operativen Umsetzung (Ressourcen abschöpfen)

Reformkommunikation: Debatten anstoßen und lenken, Begriffe besetzen, Kritiker diskreditieren, Standards und Modelle diskursiv etablieren, öffentlichen Reform-Druck erzeugen

Forts. Reform-Strategie

Strategisches Zentrum schaffen: Schwächung der Vetopunkte innerhalb der politischen und administrativen Institutionen.

Bürokratieabbau bedeutet hier Abbau von Verfahrenssicherheit, demokratischer Gestaltung und Kontrolle.

Demokratie – Volkswille?

... als eigenständiger Willensbildungsprozess heraus. Um ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden, muss eine Regierung sich im Zweifelsfall auch gegen den empirischen und kontingenten Volkswillen durchsetzen. Politische Entscheidungen, die der gegebenen Mehrheitsmeinung entgegenstehen, sind nur auf den ersten Blick demokratiethoretisch bedenklich. Regierungen sind nicht nur dem Elektorat ge-

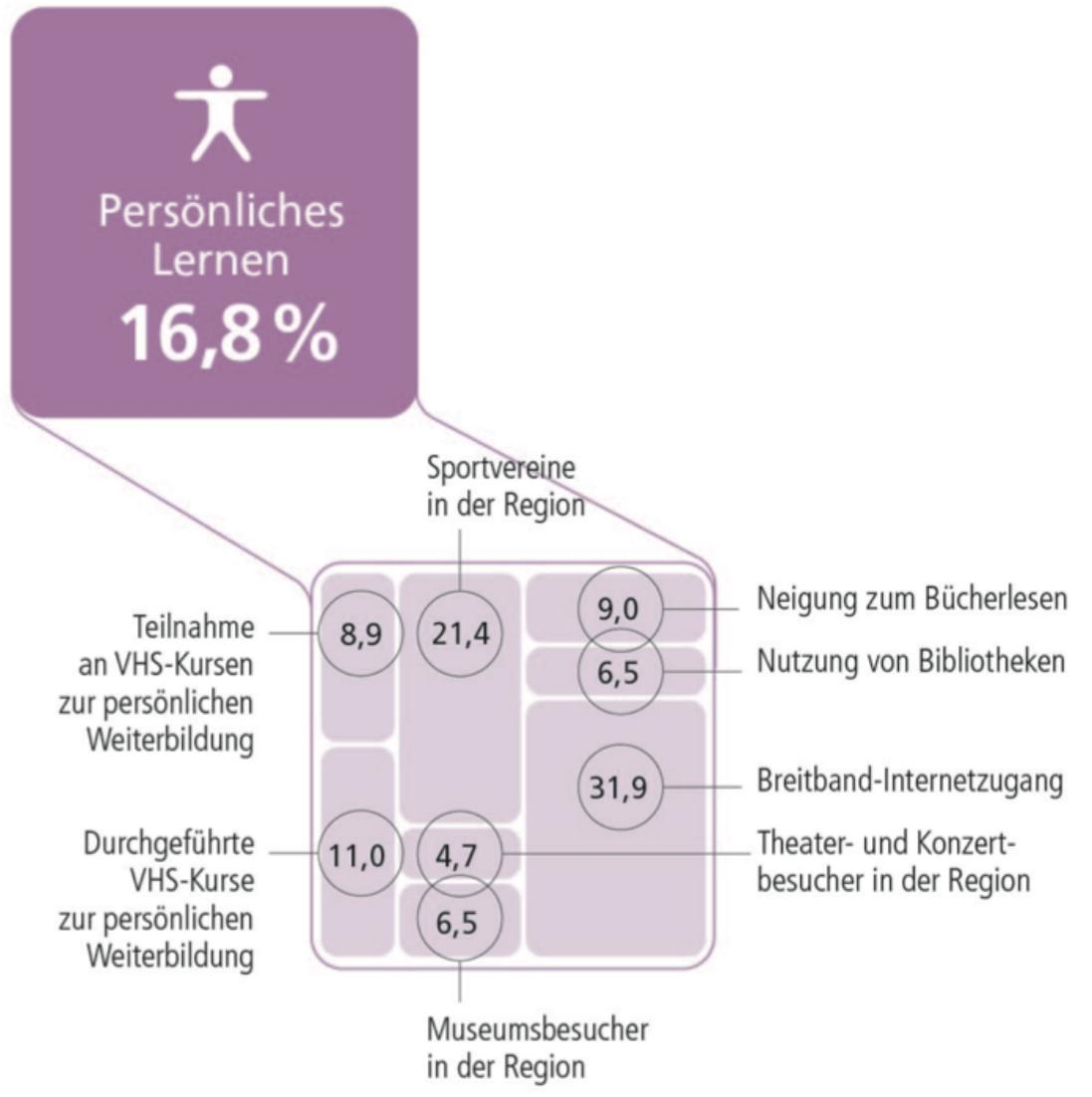
Die Kunst des Reformierens. S.24.

3. Wirkung durch Studien

Typischer Ansatz

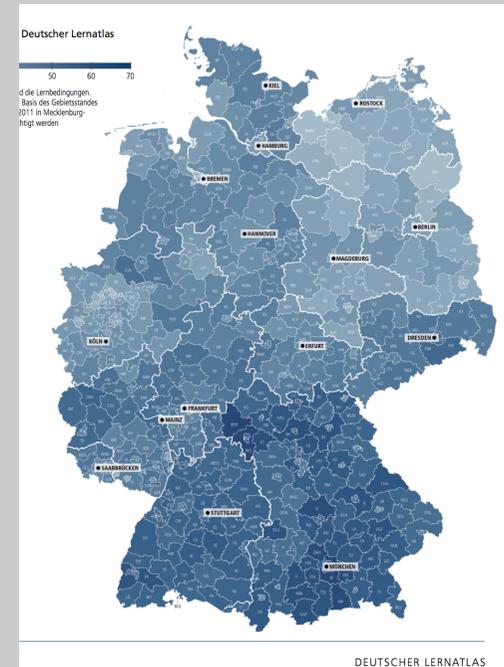
1. mehrheitsfähige, moralisch aufgeladene Themen (Trojaner): Integration, Inklusion, Dialog, Bildung, Kultur, Flüchtlinge
2. Quantifizierung, Indikatoren, Kennziffern (metrisch verengter Blick auf Welt)
3. Etablierung von Standards
4. Implantation von ökonomistischen Modellen (new public management)

Deutscher Lernatlas



Kennzifferngestütztes Ranking
Deutscher Kommunen:

- Schulisches Lernen
- Berufliches Lernen
- Soziales Lernen
- Persönliches Lernen



Quelle: Bertelsmannstiftung

Der Religionsmonitor stellt sich vor

Der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung ist ein Instrument, das weltweit in bisher nicht dagewesener Tiefe Fragen von Religiosität und Glaube untersucht. Es wurde von Religionswissenschaftlern, Soziologen, Psychologen und Theologen entwickelt und 2007 zum ersten Mal angewendet.

21.000 Menschen aus allen Kontinenten und Weltreligionen wurden repräsentativ befragt und haben Auskunft über Weltanschauung und Lebenssinn, über ihre religiöse Praxis und ihre Gottesbilder gegeben. Das Projekt wird in regelmäßigen Abständen wiederholt und weiter ausgebaut, um auch die Entwicklung von Religiosität empirisch einfangen und abbilden zu können.



Quelle: Bertelsmann



›Von Allem zuviel und
überall das Gleiche‹

Infora Consulting Group

ICG

[Drucken](#)

Autoren:
Dieter Haselbach et. al.

Bertelsmann Stiftung Gütersloh

Entwicklung eines Qualitätsmanagement-Systems Kultur.

Ansprechpartner

> [Dieter Haselbach](#)

< [zurück](#)

ICG Infora GmbH
Entenplatz 1a
A-8020 Graz
T +43/316/71 89 40-0
F +43/316/71 89 40-40
office@ICG.eu.com

4. Brainwashing durch Unterhaltungsshow

Schöner Wohnen?



Quelle: BILD/RTL

NACH TINE WITTLERS „EINSATZ IN 4 WÄNDEN“

f Empfehlen |  | 

Oma Gunda klagt: „Nichts ist mehr, wie es einmal war!“



„EINSATZ IN 4 WÄNDEN“

TV-SHOW MIT TINE WITTLER

Oma Gunda (re.) ist jetzt traurig darüber, dass das Team von Tine Wittler (li.) viele alte Erinnerungen entsorgt hat

Reformschablone:

- Delegation des Bestehenden (schon *a/s* bestehende sind Strukturen reformbedürftig)
- Zerstörung gewachsener eingespielter Strukturen und Bindungen
- Entsolidarisierung und Diffamierung von Kritikern und Verlierern
- Etablierung von neuen Modellen mit kleinen Identifikationsattrappen
- Verheißung von Erfolg und Botschaften des Ungenügens (double-bind) dauerhaftes Regime der Konkurrenz

5. Inspiration von Gesetzgebung

Bertelsmann und HFG



Zehn CHE-Anforderungen an ein Hochschulfreiheitsgesetz für Nordrhein-Westfalen

Das nachfolgende Papier entwickelt einige grundlegende Überlegungen zu wichtigen Regelungsbereichen eines Hochschulfreiheitsgesetzes für NRW. Der Grundgedanke eines solchen Gesetzes – den Hochschulen Freiheit zu gewähren – erscheint richtig und wichtig. Zugleich muss sich das Gesetz aber auch am Anspruch messen lassen, auf Regelungen in vielen Bereichen zu verzichten und vor allem bestimmte Prinzipien umzusetzen. Eine Gesetzgebung sollte daher nicht auf Grundlage des bisherigen LHG erfolgen, sondern einen Neuentwurf mit neuer Systematik darstellen. Dabei sollte grundsätzlich gefragt werden, welche Regelungsbedarfe überhaupt bestehen. Eine Vielzahl von Detailregelungen ist auf dieser Ebene generell verzichtbar. Es wäre weiterhin zu überlegen, dem Gesetz von vornherein ein Verfallsdatum aufzuprägen, zu dem eine erneute Prüfung der Regelungen stattfindet.

Quelle: CHE, 2005.

Rechtsform der Hochschule

1. Rechtsform der Hochschulen freigeben.

Fragen der Rechtsform sind ein im Hochschulbereich derzeit verstärkt diskutiertes Feld. Es geht dabei insbesondere um die Möglichkeit einer Stärkung der körperschaftlichen Seite der Hochschulen bei gleichzeitiger Minderung ihrer Eigenschaften als staatlicher Einrichtung, wie im Falle der Technischen Universität

Quelle: CHE 2005.

Pinkwart:
(25.1.2006)

3. Eckpunkte des Hochschulfreiheitsgesetzes

Es sind **drei Bereiche**, die den Kern der Reform ausmachen:

- Die Hochschulen werden als Körperschaften des öffentlichen Rechts **verselbstständig** und sind künftig keine staatlichen Einrichtungen mehr. Wir lösen damit die Hochschulen aus dem staatlichen Weisungsrecht und übertragen den Hochschulen weit reichende Kompetenzen und die **Verantwortung für Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen**.

Quelle:http://www.innovation.nrw.de/ministerium/innovationsminister/ministerreden/rede_2006_01_25.pdf

Hochschul-Demokratie

CHE:

8. Governance-Strukturen flexibilisieren.

Reformen der vergangenen Jahre haben dazu geführt, dass die bisherigen Modelle der Willensbildung und Leitung weitgehend durch solche Modelle ersetzt worden sind, in denen die Steuerungs- und Strategiefähigkeit der Hochschulen erhöht worden ist. Dabei ist den Hochschulen weitestgehende Organisationsautonomie zu

Pinkwart:

- Wir schaffen **neue, starke Leitungsstrukturen** in den Hochschulen mit klarer Aufgabenverteilung zwischen Hochschulleitung und hochschulinterner Selbstverantwortung sowie mit einer engeren Anbindung an das gesellschaftliche Umfeld. Die Handlungsfähigkeit und Beweglichkeit der Hochschulen wird nachhaltig erhöht.

CHE evaluiert Pinkwart

CHE begrüßt Eckpunkte für NRW- „Hochschulfreiheitsgesetz“, sieht aber noch Entwicklungspotenziale

Vergleicht man die Eckpunkte von Minister Pinkwart mit den „Zehn Anforderungen an ein Hochschulfreiheitsgesetz“, die das CHE Ende 2005 formuliert hat, so ist festzustellen:

1. Rechtsform der Hochschulen freigegeben.

Diese Forderung wird erfüllt, indem Hochschulen als Körperschaften öffentlichen Rechts oder durch ein Stiftungsmodell von ihrer Eigenschaft als staatlicher Einrichtung befreit werden.

8. Governance-Strukturen flexibilisieren.

Dieser Forderung wird in erheblichem Umfang Rechnung getragen. Die Schaffung verschiedener Optionen für Führungsmodelle einschließlich eines erweiterten

6. Steuerung durch Verfahrenskontrolle

›Bürgerbeteiligung‹ als Lösung?

Christopher Gohl, IFOK

Organisierte Dialoge als Strategie

Zukunft Regieren

Beiträge für eine gestaltungsfähige Politik · 9/2010



Beteiligung – Erfolgsrezept?

›Diese Metapher der Demokratie als ein Rezept für Problemlösung durch strukturierte, möglichst zugängliche, inklusive, dominanzarme und zweck- oder outcome-orientierte Beteiligung buchstabiert die Idee der kleinen organisierten Dialoge in den Großbuchstaben der Demokratie. Demokratiepoltik in diesem Sinne ist Politik, die dialogische Beteiligung an den kollektiven Problemlösungen der Demokratie ermöglicht.‹

Demokratieattrappen

Bertelsmannkonzept	Demokratischer Diskurs
Strategische Organisation	ereignishafter Dialog
Verfahrensgestalter, Moderator	Gleichheitsprinzip
Beteiligung	Volkssouveränität
Problemlösung	Sinnhafte Gestaltung des Politischen
Outcome-Orientierung	Freiheit (auch von Zeit- u. Ergebnisdruck)
Transparenz	Legitimation u. öffentl. -demokr. Kontrolle
Demokratiepolitik	Demokratie

Was treibt die Stiftung an?

Wirkungsfelder

- Privatisierung kommunaler Verwaltung – arvato
- Kommunale Rankings ›Kernkennzahlen in Kommunen‹ (KiK)
- BTI-Atlas – Kennziffern zur Vergabe von Entwicklungshilfe
- CAP: Entwurf der EU-Verfassung
- Projekt: Aufbau einer Europäischen Streitmacht und eines EUSR (mit polizeilichen Befugnissen in Mitgliedsländern)
- Gem. mit McKinsey: Arbeitsmarktreformen (Hartz IV, Job-Center usf.)
- Privatisierungspolitik im Kongo (Bergbau, Transport, Energie)
- Verschärfung des Urheberrechts, (mit Sony BMG DRM – Digitales Rechte Management, Spyware)
- Rechtschreibreform
- Gesundheitspolitik (Rhönkliniken)
- Ökonomisierung öffentlicher Bibliotheken (BIX-Ranking)
- Propaganda-Material für Kommunalpolitiker mit Modellen der neuen politischen Steuerung (New Governance statt Demokratie)
- EQR-DQR

(Quellen: u.a.NZZ 20.3.2007, Böckelmann, Frank. In: Netzwerke der Macht – Bertelsmann. Marburg 2007. S.38ff.)



Interview mit Unternehmer und
Stifter Reinhard Mohn:

Der Unternehmer als Vorbild

„Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers“ ist der Titel des Buches von Reinhard Mohn, das er am 12. Februar 2003 der Öffentlichkeit präsentierte. Der Unternehmer und Stifter ist überzeugt, dass sich die erfolgreichen Methoden des unternehmerischen Arbeitsstils – Effizienz, Fortschritt und Sparsamkeit – auch für unsere Gesellschaft nutzen lassen. „Mit der Bertelsmann Stiftung ist mir in 25 Jahren der Nachweis gelungen, dass die Grundsätze unternehmerischer, leistungsorientierter und menschengerechter Gestaltung der Ordnungssysteme in allen Lebensbereichen zur Anwendung gebracht werden können“, erklärt er. Wir sprachen mit ihm über sein neues Buch.

Reinhard Mohn hat als Unternehmer und Stiftungsgründer stets auf das Prinzip Wettbewerb gesetzt. Am 12. Februar 2003 stellte er in Gütersloh sein neues Buch vor.

Sie haben bereits zahlreiche Publikationen über Aufgaben und Verantwortung des Unternehmers herausgegeben. Weshalb jetzt dieses Buch?

Die Voraussetzungen für die Arbeit des Unternehmers haben sich im letzten Jahrhundert sehr verändert. Der Wandel hält an. Die derzeitige Krise des von Unternehmern getragenen Mittelstandes wirft die Frage auf, ob der Führungsstil und das Zielverständnis des Unternehmers einer Fortschreibung bedürfen. Mein neues Buch nimmt dazu Stellung und zeigt notwendige Ergänzungen auf. Es beweist gleichzeitig, dass unternehmerische Arbeit weiterhin die optimale Führungstechnik darstellt, die auch in der staatlichen Verwaltung zu einer Überwindung des Reformstaus führen würde.

Was wollen Sie mit diesem Buch erreichen?

Unternehmer leben von der Befähigung, Antworten auf den Bedarf der Menschen zu finden. Das gilt nicht nur für Produkte und Dienstleistungen, sondern auch für die Angebote, welche der Staat für seine Bürger zu erbringen hat. Auch die staatlichen Dienstleistungen müssen inhaltlich und in Bezug auf die Kosten dem Leistungsstand der Zeit entsprechen! Das Buch zeigt die Möglichkeiten auf, den unternehmerischen Arbeitsstil auch im öffentlichen Bereich zu verwenden und damit die Vorteile von Effizienz, Fortschritt und Sparsamkeit allen Bürgern zukommen zu lassen.

Wen wollen Sie mit der Botschaft Ihres Buches in erster Linie ansprechen – Unternehmer oder Politiker?

In der Wirtschaft hat die Führung unter dem Druck globaler Konkurrenz derzeit viel zu lernen! Die katastrophalen Zusammenbrüche vieler Firmen und die furchtbare Arbeitslosigkeit beweisen den Rückstand an Zielverständnis und Führungsbefähigung! Alle für die Führung in der Gesellschaft Verantwortlichen müssen begreifen, dass unsere Zeit des Wandels eine grundlegende Erneuerung unserer Ordnungssysteme erfordert. Wir sollten erkennen, dass der uns bevorstehende kulturelle Umbruch einen noch nie erlebten Re-

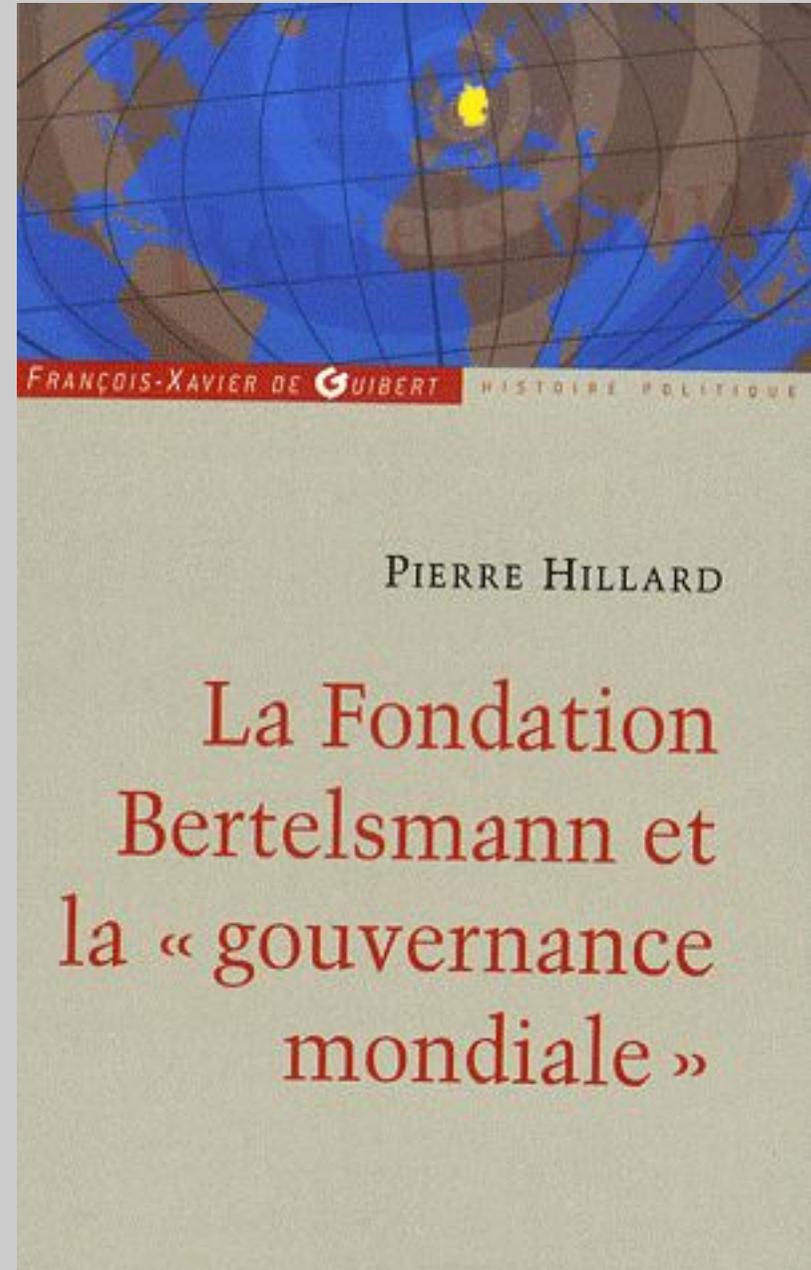
„Die Übertragung des in der Wirtschaft entwickelten Modells der ‚Unternehmenskultur‘ in andere Lebensbereiche ist möglich!“ Reinhard Mohn

Modelltotalitarismus

„Mit der Bertelsmann Stiftung ist mir in 25 Jahren der Nachweis gelungen, dass die Grundsätze unternehmerischer, leistungsorientierter und menschengerechter Gestaltung der Ordnungssysteme in allen Lebensbereichen zur Anwendung gebracht werden können. Die Übertragung des in der Wirtschaft entwickelten Modells der Unternehmenskultur in andere Lebensbereiche ist möglich.“

Reinhard Mohn, 2003

Internationale Kritik



Fazit: Bertelsmann - Fam. Mohn

Machtbasis:

- mediale Macht
- ökonomische Macht
- Einfluss auf formelle Politik
- Beziehungen zu informellen Machtkreisen

Finanzierung:

durch Steuergelder der AG, die dem Gemeinwesen entzogen werden

Agenda:

- ökonomische Interessen der AG
- ökonomistische Modellierung aller Lebensbereiche: Manageriales Denken, Marktlogik, Humankapital

Hintergrundagenda:

Militarisierung, Geopolitik, Globalisierung und Privatisierung (i.e. Konzentration von Geld und Macht in den Händen weniger Menschen, – Elend, Krieg, Ausbeutung, Hunger und Verlust kultureller Identität für die meisten.)